

Stromberg muss jetzt Hausaufgaben machen

Kommunalreform Innenministerium gibt in VG-Rat Überblick über Gesetzeslage – Sachlich begründete Ausnahmen möglich

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** „Es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie“ – klare Worte aus dem Mainzer Innenministerium zur anstehenden Fusion der Verbandsgemeinde Stromberg, die bei der VG-Ratssitzung in der Deutscher-Michel-Halle am Donnerstag die Marschrichtung für die Lokalpolitik und die Verwaltung in den kommenden Monaten vorgegeben haben. Fakt ist, nicht erst nach diesem Abend: Die Fusion lässt sich nicht verhindern. Jetzt müssen sich die Stromberger entweder einen Partner für eine freiwillige Verwaltungsehe suchen. Oder sie werden zwangsverheira-

tet. „Das war eine gute Diskussion“, sollte die Stromberger VG-Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) nach zwei Stunden überwiegend sachlich geführter Debatte zum Tagesordnungspunkt eins, „Kommunal- und Verwaltungsreform“, sagen.

Tatsächlich hatten sich im Verlauf der vorherigen 120 Minuten viele zu Wort gemeldet, die ihre Fragen zum Thema an Gunter Fischer, Abteilungsleiter Kommunales und Sport im rheinland-pfälzischen Innenministerium, nüchtern und ergebnisoffen adressiert hatten. Neben den Ratsmitgliedern waren auch die Ortsbürgermeister vieler Gemeinden aus der VG sowie Strombergs Stadtbürgermeis-

terin Klarin Hering (CDU) zu Wort gekommen. Ganz ohne gegenseitige, parteipolitisch motivierte Attacken der Fraktionen von SPD und CDU war die Debatte zwar nicht geblieben – trotzdem dürfte sie für ein hohes Maß an Klarheit auch bei den zahlreich erschienenen Bürgern gesorgt haben.

Der Mann aus Mainz hatte dabei einen Spagat zu vollbringen – zwischen dem wiederholten Appell an die Mandatsträger, sich nun endlich auf eine intensive Suche nach einer Partner-VG zu machen (wobei er betonte, dass auch aus seiner Sicht die VG Langenlonsheim die geeignetste sei) und seinem Bemühen, immer wieder auch intensiv um eine freiwillige Fusion zu wer-

ben. Schließlich gebe es für einen solchen Zusammenschluss ja auch eine Hochzeitsprämie in Höhe von zwei Millionen Euro sowie weitere Unterstützung durch die Landesregierung. Fischer wurde nicht müde, vermeintliche Vorteile einer solchen Fusion aufzuzählen. Dazu gehören etwa Synergie- und Einsparungseffekte sowie eine höhere Effizienz aufseiten der Verwaltung.

Doch bis das alles greifen kann, muss sich die VG-Verwaltung nebst VG-Rat nun ernsthafter und vor allem zeitnah um eine Lösung der ihr gestellten Aufgabe bemühen. Spätestens zum 1. Januar 2019 muss die Fusion stehen. Die ersten Ergebnisse aus etwaigen Sondierungsgesprächen – auch mit ande-

ren Gebietskörperschaften als der VG Langenlonsheim – erwartet das Innenministerium von Denker bereits zum Ende der ersten Jahreshälfte 2017. Grundsätze von VG-Fusionen seien laut Landesgesetz eine 1:1-Fusion – also ohne Zerschlagung von VGs mit Veränderungsbedarf – sowie eine Fusion innerhalb der jeweiligen Kreisgrenzen. Doch seien im Gesetz auch Ausnahmetatbestände vorgesehen, „vorausgesetzt, es gibt dafür sachliche Gründe. Aber bislang sind mir solche noch nicht vorgetragen worden“, sagte Fischer, ohne eine Ausnahme von der Regel grundsätzlich ausschließen zu wollen.

Mehr zum Thema auf Seite 18